Nr. 32
A 17
Morgen-Ausgabe

# Berlin
# Vossische Zeitung

Mittwoch, 20. Januar 1926
V

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: „Musikblatt" — „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — „Litterarische Umschau"

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausnd. Handelsteile): Carl Misch, Berlin-Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3636—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

# Das Kabinett der Mitte gebildet

## Unter der Führung Luthers / Ein Appell des Reichspräsidenten / Demokratischer Abgeordneter Dr. Külz Reichsinnenminister / Koch nicht im Reichsministerium

### Vorstellung des Kabinetts am Donnerstag

**Nach zweimonatiger Dauer ist die Regierungskrise im Deutschen Reich beendet. Das sogenannte neutrale Kabinett der Mitte, mit dessen Bildung der Reichspräsident den bisherigen Reichskanzler Dr. Luther beauftragt hatte, ist Wirklichkeit geworden. Es wird morgen offiziell ernannt werden, um sich voraussichtlich am Donnerstag mit einer Programmerklärung dem Reichstag vorzustellen. Seine Zusammensetzung ist:**

Reichskanzler: Dr. Hans **Luther.**
Auswärtiges: Abg. Dr. Gustav **Stresemann** (D. Vp.).
Inneres: Abg. Dr. Wilhelm **Külz** (Dem.).
Justiz: Abg. Wilhelm **Marx** (Ztr.).
Finanzen: Dr. Peter **Reinhold** (Dem.).
Wirtschaft: Abg. Dr. Julius **Curtius** (D. Vp.).
Reichswehr: Dr. Otto **Geßler.**
Arbeit: Abg. Dr. Heinrich **Brauns** (Ztr.).
Post: **Stingl** (Bayr. Bp.).
Verkehr: Dr. **Krohne** (D. Vp.).
Ernährung: Vorläufig noch unbesetzt, von Reichskanzler Dr. Luther interimistisch verwaltet, dem Zentrum vorbehalten.
Besetzte Gebiete: noch unbesetzt, vorläufig vom Reichsjustizminister Marx verwaltet.

Das letzte amtliche Communiqué, nach 11½ Uhr ausgegeben, lautet:

**„Nachdem im Laufe des Abends die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei ihre Zustimmung zu der vom Reichskanzler Dr. Luther vorgeschlagenen Besetzung der Reichsministerien mitgeteilt haben, hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß das Kabinett der Mitte nunmehr gebildet ist. Das Kabinett hat die Zustimmung des Reichspräsidenten gefunden."**

Dieses Kabinett der Mitte ist gestern in der elften Abendstunde zustandegekommen auf Grund eines **Vorschlages, den Reichskanzler Dr. Luther** in der sechsten Abendstunde den Parteien gemacht hat, und auf Grund von **Beschlüssen der Fraktionen der** Mittelparteien, die um 10 Uhr abends dem Reichskanzler vollständig mitgeteilt worden waren. Den Ausschlag gegeben aber hat für das Zustandekommen des Kabinetts das **Eingreifen des Reichspräsidenten** von Hindenburg, der für ½6 Uhr nachmittags die Führer der Mittelparteien zu sich gebeten und in einem dringenden Appell an sie die Bitte gerichtet hatte, die rasche Bildung einer parlamentarischen Regierung unter Zurückstellung begreiflicher Bedenken zu ermöglichen. Ueber diesen Appell des Reichspräsidenten an die Parteiführer der Mitte wurde folgendes amtliche Communiqué ausgegeben:

### Hindenburgs Ansprache

„Der Herr Reichspräsident empfing heute nachmittag 6 Uhr die Vertreter der vier für die Koalition der Mitte in Frage kommenden Parteien; für die Deutsche Volkspartei erschien Reichsminister a. D. Dr. Scholz, für das Zentrum Reichskanzler a. D. Marx, für die Bayerische Volkspartei Abg. Dr. Leicht, für die Demokraten die Abgg. Reichsminister a. D. Koch, Dr. Haas und Erkelenz.

Der Reichspräsident gab den erschienenen Herren folgende Erklärungen ab:

„Ich habe Sie zu mir gebeten, meine Herren, um vor Ihnen auszusprechen, daß meines Dafürhaltens nunmehr eine Regierung zustande kommen muß. Nachdem durch das Ausscheiden der Deutschnationalen Volkspartei der bisherigen Mehrheitsregierung die Grundlage entzogen worden war, nachdem trotz der hingebungsvollen und dankenswerten Bemühungen des Herrn Abg. Koch die andere Möglichkeit einer Mehrheitsregierung, nämlich die sogenannte Große Koalition, sich ebenfalls nicht hat verwirklichen lassen, blieb als zwar weniger tragfähige, aber immerhin noch durchaus gangbare Lösung die Regierung der Mitte übrig. Sollte auch dieser Versuch scheitern, so wäre damit das deutsche Vaterland vor eine Lage von größtem Ernst gestellt, da **jedem Gedanken einer anderen Regierungsbildung schwerste Bedenken entgegenstehen.** Ich habe es deshalb aufrichtig begrüßt, daß die von Ihnen, meine Herren, geführten vier Parteien sich grundsätzlich bereit erklärt haben, eine Koalition der Mitte einzugehen.

Herr Reichskanzler Dr. Luther hat mich fortlaufend darüber unterrichtet, welche großen Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien bisher haben überwunden werden müssen, um einer praktischen Lösung näherzukommen. Es ist ihm leider nicht gelungen, diese Schwierigkeiten ganz auszuräumen. Auf der anderen Seite **verträgt aber die Lage des Landes eine längere Verzögerung nicht mehr.** Was nach einem völligen Scheitern der Versuche dieser letzten Woche, eine parlamentarische Regierung der Mitte zustande zu bringen, folgen würde, ist nicht zu übersehen. Unter diesen Umständen habe ich mich für verpflichtet gehalten, den Herrn Reichskanzler Dr. Luther zu bitten, **nunmehr auf Grund seiner bisherigen Bemühungen den Parteien einen Plan zur endgültigen Beschlußfassung über die Besetzung der Ministerien vorzulegen.** Ich bin von vornherein überzeugt, daß der Herr Reichskanzler dabei nicht alle an sich berechtigten Wünsche der Parteien erfüllen kann, bin mir aber klar, daß es einen anderen Weg, baldigst aus der Krise herauszukommen, nicht gibt. **In Ausübung meiner verfassungsmäßigen Verantwortung muß ich es begrüßen, daß der Herr Reichskanzler Sie nunmehr ersuchen will, ihm noch heute abend Ihre endgültige Stellungnahme zu seinen Vorschlägen mitzuteilen.** Ich bitte die hier vertretenen Parteien, ihre reiflichen Bedenken hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückzustellen und jedes Opfer zu bringen, damit endlich das betrübende Schauspiel der unausgesetzten Regierungskrise beseitigt und die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit, die jetzt mehr denn je erforderlich ist, wieder geschaffen wird."

Im Anschluß hieran dankte der Herr Reichspräsident dem Abgeordneten Koch nochmals persönlich für seine wertvolle und selbstlose Mitarbeit bei den bisherigen Versuchen zur Schaffung einer Regierung.

Hierauf begaben sich die Vertreter der vier Parteien in die Reichskanzlei, um den Vorschlag des Herrn Reichskanzlers zur endgültigen Beschlußfassung über die Besetzung der Ministerien entgegenzunehmen."

Der wiederholte Dank an den Abgeordneten Koch für seine Bemühungen um die Bildung der Großen Koalition, für seine selbstlose Tätigkeit während der Verhandlungen über die Kabinettsbildung ist sicherlich nicht ohne politische Absicht betont zum Ausdruck gebracht worden. Eine Diskussion hat sich an den Appell des Reichspräsidenten nicht angeschlossen.

Vom Palais des Reichspräsidenten begaben sich die Parteiführer in das Reichskanzlerpalais, wo Reichskanzler Dr. Luther ihnen die oben wiedergegebene Ministerliste als seinen Vorschlag mit der Bitte überreichte, ihm bis 10 Uhr abends die Beschlüsse der Fraktionen mitteilen zu wollen.

Unmittelbar nach dieser Besprechung bei Dr. Luther traten im Reichstag die Fraktionen der Mittelparteien zusammen. Deutsche Volkspartei, Zentrum und Bayerische Volkspartei waren mit ihrer Aussprache sehr rasch am Ende. In allen drei Fraktionen wurde nach kurzer Debatte die Zustimmung zu dem Vorschlag Dr. Luthers erklärt.

Anders bei der Demokratischen Fraktion. Deren Beratung zog sich mehrere Stunden hin, und das ist begreiflich, denn die Demokraten hatten den schwerwiegenden Entschluß zu fassen. In der Liste, die Dr. Luther den Parteien als seinen Initiativvorschlag mitgeteilt hat, fehlt der Name Kochs, den die Demokraten für das Reichsinnenministerium nominiert hatten.

**Während das Zentrum und die Deutsche Volkspartei durch ihre Parteiführer** in der neuen Regierung vertreten sein werden, hat der Führer der demokratischen Fraktion keinen Sitz im Kabinett.

An seiner Stelle übernimmt Abg. Dr. Külz das Reichsinnenministerium. Man kennt die Vorgeschichte, man kennt den Einspruch, den die Bayerische Volkspartei gegen die Persönlichkeit Dr. Kochs erhoben hat, weil er den Bayern zu zentralistisch eingestellt, zu sehr auf die Stärkung der Reichsmacht und der Reichseinheit bedacht ist. Für die Demokraten handelt es sich dabei immer wieder, wie gesagt, nicht um eine Personen-, sondern um eine Prinzipienfrage. Das geht schon daraus hervor, daß Koch das Finanzministerium, das ihm angeboten worden ist, abgelehnt hat, weil er sich nicht von einem Kabinettssitz auf einen anderen schieben lassen wollte.

Das ganze Verfahren der Bayerischen Volkspartei steht in der parlamentarischen Geschichte sehr vereinzelt da. Es ist klar, daß die Demokratische Partei in der Frage „Unitarismus" oder „Föderalismus" nicht anders denkt als ihr Führer, und es ist außer Zweifel, daß Dr. Külz als Reichsinnenminister keine andere Politik machen wird als Koch. Man hätte erwarten dürfen, daß Dr. Luther von sich aus einer solchen ungewöhnlichen Forderung der Bayerischen Volkspartei entgegentreten würde. Er hat es nicht getan. Für die demokratische Fraktion wäre es die gegebene Konsequenz gewesen, sich an weiteren Verhandlungen gar nicht zu beteiligen, wenn nicht von vornherein die Ueberlassung des Reichsinnenministeriums an Koch als Selbstverständlichkeit zugestanden worden wäre. Aber die demokratische Fraktion konnte sich dem eindringlichen Appell des Reichspräsidenten nicht verschließen.

### Die demokratische Zustimmung

Da sie gewiß ist, daß Dr. Külz als Reichsinnenminister die gleichen Wege gehen wird, die ihr Führer Koch eingeschlagen hätte, hat sie begreifliche Bedenken zurücktreten lassen, um Deutschland die Folgen, der ganzen Welt das traurige Schauspiel einer Fortdauer der deutschen Regierungskrise zu ersparen. **Sie hat ihre Zustimmung zu dem zweiten Kabinett Luther in der jetzigen Zusammensetzung erteilt.** Allerdings ist dieser Beschluß nur mit einer sehr knappen Mehrheit durchgedrungen und es war der Einfluß Dr. Kochs, der sich im Sinne der Zustimmung in der Fraktion geltend gemacht hatte.

Es kann und soll nicht verhehlt werden, daß das zweite Kabinett Luther in seiner Zusammensetzung, besonders bei den Aufspielen, unter denen es zustande gekommen ist, nicht den Wünschen der demokratischen Fraktion entspricht. Um so stärker wird der kontrollierende Einfluß der demokratischen Minister im Kabinett, besonders, soweit die innere Politik in Frage kommt, sich geltend machen müssen, um das Ueberhandnehmen von Tendenzen zu verhindern, wie sie bei der Bayerischen Volkspartei während der Verhandlungen über die Kabinettsbildung zutage getreten sind.

Die Demokratische Partei gab folgendes Communiqué aus:

„In der Sitzung der Fraktion der Demokratischen Partei, in der die Liste des Reichskanzlers für das Kabinett zur Entscheidung vorgelegt wurde, wiederholte der Fraktionsvorsitzende Koch seine Bitte, ohne Rücksicht auf seine Person die Entscheidung nach rein sachlichen Gesichtspunkten zu treffen. Er erklärte, daß er, bei der durch fremdes Verschulden auf die Fraktion und ihren Führer zugespitzten Lage nicht einem zu bildenden Kabinett angehören wünsche, und empfahl, keinen Widerspruch gegen die vorgeschlagene Liste zu erheben, um in der schweren Bedrängnis des Vaterlandes eine parlamentarische Regierung zu ermöglichen. Es wurde nach längerer Debatte, in der die Fraktion sich darüber einig war, daß Gründe und Gegengründe sich fast die Wage hielten, folgende Entschließung gefaßt:

**„Die Fraktion erhält die von ihr geltend gemachten schweren Bedenken gegen die Art der Kabinettsbildung aufrecht. Sie erblickt insbesondere in der Berücksichtigung des gegen alle parlamentarischen Gepflogenheiten erhobenen, aus partikularistischen Gründen hervorgegangenen Einspruchs der Bayerischen Volkspartei gegen die Ernennung ihres Fraktionsvorsitzenden zum Innenminister eine schwere Belastung der Reichspolitik. Sie hätte erwartet, daß der mit der Kabinettsbildung Beauftragte und die beteiligten Parteien diesen Einspruch nachdrücklichst zurückgewiesen hätten. Nachdem aber der Fraktionsvorsitzende erklärt hat, dem neuen Kabinett nicht angehören zu wollen und seinerseits den Eintritt in die**